



Pressemitteilung

Kommunaler Landesverband kreisangehöriger Städte und Gemeinden

21.09.2023

Zentralstelle
Telefon +49 711/22572-34
zentralstelle@gemeindetag-bw.de

Kommunen mahnen: Zukunft braucht Raum zum Gestalten – Ministerin Razavi zu Gast beim Gemeindetag

Themen waren neben dem Zielkonflikt Fläche auch aktuelle landespolitische Entwicklungen wie die Städtebauförderung, die angekündigte LBO-Novelle, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums sowie die Beschleunigung von Planen und Bauen. Zuvor beschloss der Landesvorstand ein Positionspapier „Zukunftsgestaltung braucht Fläche und Werkzeuge“.

Bei der zweitägigen Sitzung des Landesvorstands des Gemeindetags in Waldenburg (Hohenlohekreis) konnte Gemeindetagspräsident Steffen Jäger gestern Nachmittag (20. September) die Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen, Nicole Razavi MdL, zum Austausch mit den Gremienmitgliedern begrüßen:

„Für die Städte und Gemeinden sind diese Themen von hoher Bedeutung: die künftige Landesentwicklung, der Zielkonflikt bei der Flächennutzung, die Beschleunigung von Planen und Bauen, Lösungsansätze zur Überwindung des Wohnraummangels sind allesamt Fragen, die für die Menschen vor Ort eine hohe Relevanz haben. Es war gut und wichtig, dass dieser lösungsorientierte Austausch mit Ministerin Razavi stattfinden konnte. Die Städte und Gemeinden bekennen sich zum sparsamen Umgang mit Flächen und zum Vorrang der Innenentwicklung. Gerade in der politischen Diskussion um die Verfügbarkeit von Fläche braucht es jedoch die nüchterne und ehrliche Betrachtung der Fakten. Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Transformation der Wirtschaft, die Schaffung von hunderttausende neue Wohnungen, die notwendige Infrastruktur der Daseinsvorsorge nicht hinbekommen, ohne zusätzliche Fläche in Anspruch zu nehmen. Deshalb wäre eine pauschale Begrenzung nicht die richtige Antwort auf eine komplexe Herausforderung. Stattdessen brauchen wir mehr Flexibilität für die Kommunen, um passgenaue und zugleich flächenschonende Lösungen zu entwickeln. Zudem muss auch die Betrachtungsweise überdacht werden: Ein Großteil der überplanten Fläche wird am Ende nicht versiegelt. Bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist nach jüngsten Zahlen des Statistischen Landesamtes

knapp die Hälfte der Fläche tatsächlich versiegelt. Trotzdem werden auch die nicht-versiegelten Flächen statistisch als Flächenumwidmung erfasst.“

Ministerin Nicole Razavi führte in ihrem Impulsvortrag „Beschleunigen, Erleichtern, Möglichmachen: Planen und Bauen in Baden-Württemberg“ in die Themenvielfalt des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen und die großen Herausforderungen ein. „Bezahlbares Wohnen ist die Grundlage für Lebensqualität für weite Teile der Bevölkerung und damit für die soziale Stabilität im Land“, sagte sie. „Es bedarf daher entschlossener Maßnahmen: im Förderbereich, im Bereich des Baurechts, aber auch darüber hinaus. Einiges haben wir bereits auf den Weg gebracht, aber weitere Maßnahmen sind nötig“, so die Ministerin. „Gerade im Bereich des Bauens und Wohnens ist die Mitwirkung und fachliche Expertise der kommunalen Seite entscheidend für den Erfolg der Maßnahmen“, sagte Razavi. „Ich möchte daher dem Gemeindetag für die bisherige Mitarbeit und Unterstützung danken.“

Zum Thema Flächenverbrauch sagte die Ministerin: „Fläche ist ein knappes Gut, weil nicht vermehrbar. Deshalb wollen und müssen wir den Flächenverbrauch in Baden-Württemberg reduzieren. Der Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“ ist hierbei unsere Leitplanke, verknüpft mit einem neuen Verständnis einer qualitätvollen baulichen Dichte. Es braucht Anstrengungen auf allen Ebenen, um bei dieser komplexen Aufgabenstellung eine Balance zwischen allen Ansprüchen an das knappe Gut Fläche herzustellen. Klar ist für mich aber auch: Wir dürfen dem Land keine Käseglocke überstülpen. Damit sich Baden-Württemberg entwickeln kann, damit unsere Transformationsaufgaben gelingen und unser Land weiter Raum für Wohlstand und Chancen bietet, werden wir auch in Zukunft zusätzliche Flächen brauchen.“

Vor dem Austausch mit Ministerin Razavi fasste der Landesvorstand des Gemeindetags einstimmig den Beschluss über ein ganzheitliches Positionspapier „Zukunftsgestaltung braucht Fläche und Werkzeuge“.

Präsident Jäger: „Die notwendigen rechtlichen Werkzeuge sind für die Städte und Gemeinden wichtig, um die Weichen für den Wohlstand von Morgen zu stellen. Auch hier braucht es weniger Bürokratie und Kontrolle, sondern mehr Subsidiarität und Vertrauen in die kommunale Ebene.“

Das beschlossene Positionspapier „Zukunftsgestaltung braucht Fläche und Werkzeuge“ beinhaltet folgende Inhalte:

1. Zukunftsgestaltung braucht Fläche – Zielkonflikte benennen und auflösen
2. Flächeninanspruchnahme ist nicht gleich Versiegelung
3. Flächensparen ist eine Gemeinschaftsaufgabe
4. Flächensparen braucht Akzeptanz – und einen Bewusstseinswandel
5. Werkzeugkasten statt absoluter Obergrenzen
6. Instrumente der Innenentwicklung stärken
7. Hemmnisse für die Innenentwicklung in der LBO abbauen
8. Flächenzertifikate kein taugliches Instrument
9. Bodenpolitik und Bodenrecht gemeinwohlorientiert gestalten
10. Landesentwicklungsplan – bauleitplanerische Handlungsspielräume der Kommunen stärken
11. Kommunale Planungshoheit stärken
12. Kommunale Planungsträger im ASVG gleichstellen
13. Bürgerbeteiligungsverfahren komprimieren
14. Anreize für die Innenentwicklung schaffen – Förderprogramme ausweiten
15. Genehmigungszuständigkeiten nicht verändern

Anlage: Positionspapier